

Informationsvorlage

Nr. GR/105/2014

Aktenzeichen	902.4114	Datum: 06.07.2014
Federführendes Amt	Kämmereiamt	
Amtsleiter/in	Ulrich Landwehr	Tel.: 07261 404-340

Gremium	Behandlung	Datum	Status
Gemeinderat	Kenntnisnahme	22.07.2014	öffentlich

Beratungsgegenstand:

Haushaltswirtschaft der Stadt in den Jahren 2013 - 2017
hier: Finanzzwischenbericht

Ergebnis:

Der Gemeinderat nimmt den Finanzzwischenbericht über die Haushaltswirtschaft der Stadt für die Jahre 2013 – 2017 zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Mit diesem Finanzzwischenbericht möchte das Kämmereiamt auf Grundlage der derzeit vorliegenden Daten und Fakten – insbesondere auch über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung – einen Überblick über das abgelaufene Haushaltsjahr 2013, das aktuelle Jahr 2014 sowie perspektivisch auf die Jahre 2015 – 2017 geben.

Haushaltsjahr 2013

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 14.12.2012 die Haushaltssatzung für das **Jahr 2013** mit einem **Gesamtvolumen** in Höhe von **93,749 Mio. €** beschlossen.

Im Verwaltungshaushalt konnte, obwohl der bislang anhaltende Aufschwung der deutschen Wirtschaft unter anderem durch die unklare weitere Entwicklung in der Euro-Schuldenkrise gebremst wurde, aufgrund der robusten Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung eine Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von **5.365.000 €** eingeplant werden. Zudem tragen die Erfolge der bereits eingeleiteten Haushaltskonsolidierungen dazu bei, dass der Verwaltungshaushalt einen deutlichen Überschuss erwirtschaften kann.

Im Vermögenshaushalt waren zur anteiligen Finanzierung der Investitionen neue **Kredite von 3,600 Mio. €** vorgesehen. **Rücklagenmittel** konnten zur Finanzierung nicht mehr eingeplant werden, nachdem die Allgemeine Rücklage damals bis auf den gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststand abgebaut war.

Der **Nachtragshaushalt für 2013** wurde vom Gemeinderat am 22.11.2013 beschlossen. Die ursprünglich geplante **Zuführung** an den Verwaltungshaushalt musste um 0,576 Mio. € auf dann noch **4,789 Mio. € nach unten korrigiert** werden. Auf Grund der anhaltend guten wirtschaftlichen Gesamtentwicklung hatten wir uns damals entschieden, jahrelang unterlassene Instandhaltungsarbeiten schneller als ursprünglich geplant nachzuholen. Die entsprechenden Haushaltsansätze wurden deshalb erhöht mit der Folge einer dann niedrigeren, aber immer noch vertretbaren Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt.

Die geplanten **Kreditaufnahmen** konnten gleichzeitig von 3,600 Mio. € auf **3,300 Mio. € verringert** werden.

Im vorläufigen **Rechnungsergebnis 2013** stehen den Erträgen des Verwaltungshaushaltes von 79,736 Mio. € Aufwendungen von 71,005 Mio. € gegenüber, so dass ein **endgültiger Überschuss** als **Zuführung** an den Vermögenshaushalt von **8,731 Mio. €** verbucht werden kann.

Im Vergleich Nachtrag und Rechnungsergebnis 2013 liegt damit eine **Verbesserung um rd. 3,942 Mio. €** vor (Vergleich Ursprungsplanung und Rechnungsergebnis 2013: 3,366 Mio. €).

Höhere Erträge von 2,261 Mio. € (= 2,92%) sowie **Einsparungen** von 1,681 Mio. € (= 2,31%) haben zur Ergebnisverbesserung gegenüber der Nachtragsplanung beigetragen.

Die Ergebnisverbesserung ist hauptsächlich auf folgende Faktoren zurückzuführen:

Gewerbesteuer	+ 1,041 Mio. €
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	+ 0,664 Mio. €
Vergnügungssteuer	+ 0,194 Mio. €
Personalaufwendungen	- 0,344 Mio. €
Grundstücks- und Gebäudeunterhaltung	- 0,115 Mio. €
Bewirtschaftung der Grundstücke u. baul. Anlagen	- 0,216 Mio. €
Weiterer Verwaltungs- und Betriebsaufwand	- 0,294 Mio. €
Steuern, Geschäftsaufwand u.a.	- 0,276 Mio. €
Sonstiges	- 0,798 Mio. €

Die **Gewerbesteuer** entwickelte sich im abgelaufenen Jahr sehr positiv. In der Nachtragsplanung konnte der Ansatz gegenüber Urplanung um 0,800 Mio. € auf 16,000 Mio. € erhöht werden. Das Rechnungsergebnis liegt nun bei **17,041 Mio. €**. Die Gesamtentwicklung der Gewerbesteuer im Zeitraum 2005 – 2017 ist als Schaubild in Anlage 1 beigefügt.

Der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** hat sich ebenfalls erfreulich entwickelt. Bei Planaufstellung mussten wir von einem Gesamtgemeindeanteil von 4,80 Mrd. € ausgehen. Tatsächlich war ein Gesamtgemeindeanteil von 4,961 Mrd. € Berechnungsgrundlage für unseren endgültigen städtischen Anteil, der mit **15,115 Mio. €** die Planerwartungen damit um rd. **0,664 Mio. € übertroffen** hat. Der hohe Anteil an der Einkommensteuer ist auf die weiterhin gute Beschäftigungsquote in Deutschland mit dem damit verbundenen hohen Einkommensteueraufkommen zurückzuführen.

Die **Vergnügungssteuer** liegt im Rechnungsergebnis bei **0,924 Mio. €** und damit um rd. **0,194 Mio. € höher als geplant**. Diese Erhöhung ist auf die gestiegenen Umsatzerlöse an den Geldspielgeräten in den Spielhallen zurückzuführen. Ohne die sanktionierende Wirkung dieser Steuer wäre die Anzahl der Geldspielgeräte in Sinsheim um ein vielfaches höher.

Die geplante **Kreditermächtigung für 2013** mit 3,3 Mio. € (Ausgangsplanung: 3,6 Mio. €) **wurde nicht benötigt**. Aufgrund der bereits beschriebenen positiven Entwicklung 2013 kann auf die Übertragung dieser Kreditermächtigung ins Jahr 2014 verzichtet werden.

Damit ist für den städtischen Kernhaushalt wiederum ein **Jahr der „echten“ Nullverschuldung** gelungen. Die Gesamtverschuldung der Stadt **zum 31.12.2013** liegt aber immer noch bei **81,6 Mio. €** (Kernhaushalt: 25,0 Mio. €, Stadtwerke: 56,6 Mio. €) und die Pro-Kopf-Verschuldung der Gesamtstadt beträgt **2.305,67 €**.

Die **Allgemeine Rücklage** kann mit dem Jahresabschluss 2013 **aufgestockt** werden. Insbesondere die konjunkturelle Belebung der Gesamtwirtschaft und die umfangreichen Konsolidierungsbemühungen trugen zu dieser Ergebnisverbesserung bei. Der Überschuss des Vermögenshaushaltes in Höhe von **1,224 Mio. €** konnte der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Diese weist zum 31.12.2013 einen Stand von **9,281 Mio. €** aus. Die gesetzliche Mindestrücklage von rd. 1,6 Mio. € darf nicht unterschritten werden, so dass letztendlich von der gesamten Rücklage **7,6 Mio. €** zur Finanzierung künftiger Investitionen zur Verfügung stehen. Ein Anteil der Rücklage in Höhe von 4,297 Mio. € wurde bereits zur teilweisen Finanzierung von Investitionen im Haushalt 2014 eingestellt.

Die Ergebnisverbesserung 2013 ist allerdings auch dringend notwendig. Die Haushaltssatzung 2013 wurde vom RP Karlsruhe wiederum nur unter Auflagen genehmigt. Die Auflagen beinhalten u.a. die Aufforderung, mögliche Verbesserungen durch Mehrerträge oder Minderaufwendungen in vollem Umfang zur Verminderung des Kreditbedarfes zu verwenden. Zur Erhaltung der dauerhaften Leistungsfähigkeit ist eine deutliche Reduzierung der Verschuldung anzustreben, so dass die Generationengerechtigkeit gewährleistet werden kann. Besonders aus diesen Gründen sind die Verbesserungen im Rechnungsergebnis ausschließlich zur Reduzierung der Verschuldung zu verwenden.

Ein weiteres zentrales Thema stellen die **Haushaltsreste** dar, die vom Gemeinderat bereits in der Sitzung am 29.04.2014 beschlossen wurden.

Im **Verwaltungshaushalt** sind die Haushaltsreste um rd. **0,343 Mio. €** wieder geringfügig angestiegen. Auf Grund ausstehender Schlussrechnungen müssen in der Summe **1,753 Mio. €** auf neue Rechnung nach 2014 vorgetragen werden.

Im **Vermögenshaushalt** konnten die **Haushaltsreste** dagegen reduziert werden. Hier konnten die **Haushaltsausgabereste** auf **13,830 Mio. €** (Minus 1,209 Mio. €) und die **Haushaltseinnahmernote** auf **6,474 Mio. €** (Minus 2,266 Mio. €) unter anderem durch den nicht benötigten Vortrag der Kreditermächtigung abgebaut werden.

Die Übersicht über die Entwicklung der Zuführungsraten 2005 - 2017 ist diesem Bericht als Anlage 2 beigelegt.

Haushaltsjahr 2014

Der Haushalt für das laufende Jahr wurde am 13.12.2013 beschlossen.

Bei einem Gesamtvolumen von 96,653 Mio. € bestehen **folgende Eckwerte**:

- Überschuss Verwaltungshaushalt/Zuführung an Vermögenshaushalt 3,535 Mio. €
- neue geplante Kreditaufnahmen 3,300 Mio. €
- Rücklagenentnahme 4,297 Mio. €
- Verpflichtungsermächtigungen 6,432 Mio. €

Die **Haushaltsgenehmigung** wurde erneut nur unter Auflagen erteilt. Obwohl die bisherigen Konsolidierungsbemühungen vom Regierungspräsidium ausdrücklich gewürdigt wurden, wird die Stadt weiter zur Konsolidierung angehalten und mögliche Verbesserungen im Haushaltsvollzug sind ausschließlich zur Reduzierung der Verschuldung einzusetzen.

Gegenüber der Haushaltsplanung hat sich die **Haushaltswirtschaft** 2014 bis zur Abfassung dieses Zwischenberichts im Juli 2014 folgendermaßen entwickelt:

Verwaltungshaushalt

Ertrags-/ Aufwandsart	Plan €	RE heute 06.07.2014 €	RE 31.12.2014 Hochrechnung €	RE 31.12.2013 Vergleich VJ €	voraussichtl. Abwei- chung Plan - RE 31.12.2014 €
Ertragsart					
Grundsteuern	4.245.000,00	4.397.846,30	4.360.000,00	4.247.342,39	+ 115.000,00
Gewerbesteuer	15.700.000,00	16.359.729,53	16.300.000,00	17.041.317,40	+ 600.000,00
Gemeindeanteil EKSt.	15.655.000,00	3.968.530,55	15.957.000,00	15.115.228,94	+ 302.000,00
FAG-Zuweisungen	15.888.000,00	8.306.672,90	16.110.000,00	15.871.073,40	+ 222.000,00
Familienleistungsausgleich	1.307.000,00	647.300,50	1.295.000,00	1.243.142,00	-12.000,00
Gebühren u. ähnl. Entgelte	2.731.700,00	1.379.659,09	2.740.000,00	2.767.279,17	+ 8.300,00
Verkauf, Vermietung, Verpach- tung	1.800.700,00	1.451.255,24	1.850.000,00	2.043.335,58	+ 49.300,00
Zwischensumme Erträge					+ 1.284.600,00
Aufwandsart					
Personalaufwand	17.326.400,00	8.053.578,72	17.370.000,00	16.594.425,65	+ 43.600,00
Gewerbesteuerumlage	2.928.000,00	807.063,52	3.040.000,00	3.158.088,00	+ 112.000,00
Unterhaltung Grundstücke und Gebäude	4.767.600,00	855.583,39	5.600.000,00	4.681.974,94	+ 832.400,00
Zuweisungen/Zuschüsse	7.520.600,00	4.699.717,78	8.090.000,00	7.153.604,02	+ 569.400,00
Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	10.255.700,00	2.814.031,54	10.690.000,00	9.674.457,82	+ 434.300,00
Zwischensumme Aufwand					+ 1.991.700,00
Summe					-707.100,00

Aus heutiger Sicht ist daher von einer **Ergebnisreduzierung** von rd. **0,7 Mio. €** auszugehen, so dass zum Jahresende eine **Zuführung an den Vermögenshaushalt** von ca. **2,8 Mio. € erwartet** werden kann.

Erneut entwickeln sich sowohl die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer positiv, aber auch die Grundsteuereinnahmen und die Schlüsselzuweisungen (FAG-Zuweisungen) weisen zum Teil deutliche Steigerungen auf. Der unerwartet hohe Tarifabschluss 2014 führt allerdings dazu, dass die bisherigen Personalkostenansätze nicht ausreichen und aufgestockt werden müssen.

Im Hinblick auf den seit Jahren vorhandenen Sanierungsstau kann wie im vergangenen Jahr ein Teil der erwarteten Verbesserung zur Aufstockung der Grundstücks- und Gebäudeunterhaltungsmittel eingesetzt werden. Diese Thematik ist in der zuvor dargestellten Tabelle bereits berücksichtigt. Dadurch bedingt sinkt der gesamte Wirtschaftsüberschuss im Verwaltungshaushalt auf die bereits genannten rd. **2,8 Mio. €**. Unter Berücksichtigung dieser Effekte kann der Überschuss aber immer noch als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Die gute Finanzlage erlaubt es, **Sondertilgungen** vorzunehmen. Aus diesem Grund werden bei Darlehen, bei denen Sondertilgungsmöglichkeiten bestehen, noch im Jahr 2014 insgesamt rd. 260.000 € zusätzlich getilgt.

Unter Abzug der gesamten Tilgungsleistungen von 1,4 Mio. € verbleiben als **Eigenfinanzierungsquote im Vermögenshaushalt voraussichtlich 1,5 Mio. €**. Im Hinblick auf die geplanten Investitionen und vor allem den Sanierungs- und Investitionsstau unserer Stadt (z.B. Schulen, Hallen, Straßen) ein **absolut notwendiger, aber leider erneut ein nicht auskömmlicher Betrag**.

Wer deshalb glaubt, die kritische Haushaltssituation der Stadt Sinsheim ist überwunden, der irrt gewaltig. Es geht daher kein Weg daran vorbei, **weitere deutliche Konsolidierungsmaßnahmen** in Angriff zu nehmen.

Vermögenshaushalt

Der **Vermögenshaushalt 2014** weist gegenüber der Ausgangsplanung bis zur Abfassung dieses Finanzzwischenberichts einige Abweichungen bzw. Besonderheiten auf. Entsprechende Anpassungen erfolgen im Nachtragshaushalt für 2014.

Es werden **Ausgabesteigerungen von rd. 3,3 Mio. €** erwartet. So müssen beispielsweise für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden 1,5 Mio. € zusätzlich zur Verfügung gestellt werden (z.B. Erwerb Bahnhofstraße 4/6). Auch für die bereits laufende Großmaßnahme „Neulandstraße“ werden anhand der Ausschreibungsergebnisse bzw. Vergabebeschlüsse rd. 460.000 € mehr benötigt als bisher eingeplant.

Demgegenüber können aber auch höhere Einnahmen eingeplant werden, insbesondere aus Grundstücksverkaufserlösen.

Trotz der bereits beschriebenen **negativen Effekte aus dem laufenden Betrieb** (Verwaltungshaushalt 2014) mit einer Verringerung der Zuführungsrate um rd. 0,7 Mio. € kann damit aus heutiger Sicht im Nachtrag für 2014 die geplante **Kreditermächtigung** von 3,3 Mio. € **auf 2,8 Mio. € reduziert** werden.

Stand heute bleibt festzuhalten, dass die letzte Kreditaufnahme im April 2011 erfolgt ist und wir seit diesem Zeitpunkt den wichtigen Weg des Abbaus der Schulden konsequent verfolgen.

Der eingeschlagene Weg der **strikten Konsolidierung** und der Priorisierung nach Notwendigkeit von Maßnahmen muss weiterhin zielstrebig fortgesetzt werden, wenn diese Haushaltspolitik auch künftig erfolgreich sein soll. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die unseren städtischen Haushalt in den Jahren 2009 – 2011 mit voller Wucht getroffen haben, sind immer noch nicht überwunden.

Haushaltsjahre 2015ff.

Die Finanzplanung als Anlage zum Haushalt 2014 geht für den Zeitraum **2015 - 2017** von folgenden Parametern aus:

• Überschüsse im Verwaltungshaushalt	10,400 Mio. €
• neue geplante Kreditaufnahmen	8,100 Mio. €
• Tilgungsleistungen	4,978 Mio. €
• Investitionsvolumen	29,748 Mio. €
• Rücklagenentnahme	1,900 Mio. €

Diese Eckdaten wurden unter anderem auf Grundlage der Vorgaben des überaus positiven Haushaltserlasses 2014 der Landesregierung vom 17.06.2013 erarbeitet. Die darin enthaltene prognostizierte sehr positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung wurde dann im Rahmen der bundesweiten Steuerschätzung vom Mai 2014 nochmals überraschend bestätigt, obwohl viele Fachleute bereits hier einen leichten Rückgang erwartet haben.

Der **Haushaltserlass für 2015** wird Ende Juli / Anfang August 2014 erwartet. Spätestens dann wird sich zeigen, wohin die finanzwirtschaftliche Reise ab 2015 geht. Insgesamt gibt es jedoch keinen Grund, den seit Jahren erfolgreich eingeschlagenen Weg der Konsolidierung zu verlassen.

Im Gegenteil: Zur Reduzierung der immer noch überdurchschnittlich hohen Verschuldung unserer Stadt müssen auch weiterhin die hoffentlich eintretenden finanziellen Verbesserungen vorrangig zur Reduzierung dieser Schuldenlast eingesetzt werden. Gleichzeitig haben wir immer noch unterlassene Instandhaltungen nachzuholen und insgesamt die enorme Infrastruktur zu unterhalten. Es bleibt daher auch weiterhin kein Spielraum für „wünschenswerte“ Maßnahmen.

Jörg Albrecht
Oberbürgermeister

Ulrich Landwehr
Stadtkämmerer

Anlage:

1. Entwicklung Gewerbesteuer 2005 - 2017
2. Entwicklung der Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt 2005 - 2017